



## **Presseinformation 4/2009**

### **Drittes Umsatzsteueränderungsgesetz**

Berlin, 13.05.2009 – Die SPD-Bundestagsfraktion hat die weitere Beratung des Dritten Umsatzsteueränderungsgesetzes im Finanzausschuss abgelehnt. Damit dürfte der Gesetzentwurf in dieser Legislaturperiode kaum noch zu verabschieden sein. Mit dem Umsatzsteueränderungsgesetz sollen die einseitig der Deutschen Post DHL (DP DHL) gewährten Steuervorteile eingeeengt werden.

Mit diesem Verhalten bremst die SPD-Bundestagsfraktion Finanzminister Peer Steinbrück aus, der diesen Gesetzentwurf federführend für die Bundesregierung eingebracht hatte. Die Weigerung der SPD widerspricht der Entscheidung des EuGH vom 23.04.09, mit der eine steuerliche Gleichbehandlung der Postdienstleister vorgegeben wird. Die SPD-Fraktion hatte die Beratung der Gesetzesvorlage zuletzt mit der Begründung verzögert, dass erst nach der Entscheidung des EuGH eine weitere Beratung erfolgen sollte. Nachdem diese Entscheidung gegen die DP DHL ausgefallen ist, will sie eine Verabschiedung offensichtlich verhindern.

Gunnar Uldall, der als Präsident des Bundesverbandes Internationaler Express- und Kurierdienste (BIEK) die Interessen der Unternehmen DPD, FedEx, General Overnight, Hermes, TNT Express und UPS vertritt, sagt: „Durch nichts ist eine steuerliche Sonderbehandlung der DP DHL weiterhin zu begründen. Steuerliche Vorteile, die auf ein einzelnes Unternehmen zurechtgeschneidert sind, lassen sich in keiner Weise rechtlich aufrechterhalten.“ Die von Minister Steinbrück vorgelegte und jetzt von der SPD-Fraktion gestoppte Korrektur des Umsatzsteuerrechts muss auf jeden Fall aus europarechtlichen Gründen durchgeführt werden. Nicht zuletzt: Mit dieser Gesetzesvorlage wären dreistellige zusätzliche Steuereinnahmen verbunden.



Besonders zu kritisieren ist der unehrliche Stil der SPD bei der Verhandlungsführung. Monatelang wurde immer wieder erklärt, man wolle das tun, was europarechtlich erforderlich ist. Wenn das Europarecht den politischen Vorstellungen der SPD nicht mehr entspricht, interessiert das Europäische Recht die Sozialdemokraten nicht mehr.

Der BIEK fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, ihren Widerstand aufzugeben, damit eine Verabschiedung des Gesetzes noch vor der Sommerpause möglich ist.

**Der BIEK:**

Im 1982 gegründeten Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste (BIEK) sind die führenden Anbieter für Kurier-, Express- und Paketdienste in Deutschland organisiert. Sie sind flächendeckend tätig und stellen jede Sendung an jedem Ort in Deutschland von der Hallig bis zur Alm zuverlässig zu. Die Mitgliedsunternehmen haben einen Marktanteil von rund 50 Prozent und ca. 18.000 Paketshops/-annahmestellen mit einem vielfältigen Produktspektrum. Zurzeit sind etwa 65.000 Menschen bei den BIEK-Mitgliedern in Deutschland beschäftigt. Sie sind entweder bei den Unternehmen direkt angestellt oder als selbständige Unternehmer für diese tätig. Insgesamt beschäftigt die KEP-Branche in Deutschland bereits ca. 183.500 Personen.  
Weitere Informationen unter [www.biek.de](http://www.biek.de)

**Kontakt:**

Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste e.V.  
Marten Bosselmann  
Dorotheenstraße 33  
10117 Berlin  
Tel. 030 / 20 61 78-6  
Fax 030 / 20 61 78-88  
[info@biek.de](mailto:info@biek.de)